K1-177-2 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 177 einfügen:
Eine Ablehnung von Aufenthaltstiteln wollen wir in möglichst vielen Fällen vermeiden und dafür alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen. Das Konstrukt der "sicheren Herkunftsländer" lehnen wir weiterhin ab. Der „EU-Türkei-Deal“, durch den Menschen gegen ihren Willen "verschoben" und gegeneinander ausgespielt werden, ist trauriges Beispiel für eine Flucht- und Asylpolitik, die auf Abschiebungen setzt und dabei Menschenrechte mit Füßen tritt. Unmenschliche Praktiken wie die Abschiebehaft und das Flughafenasylverfahren, die Geflüchtete kriminalisieren und ihre Freiheit massiv einschränken, wollen wir abschaffen. Gerade in diesen Zeiten, setzen wir konsequent auf die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl, statt auf Abschottung und Abschreckung.

Begründung

So wichtig es ist, die Situation in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, zu verbessern, so wichtig ist es auch anzuerkennen, dass dies ein langwieriger Prozess ist und viele Geflüchtete dort dennoch keine Perspektive mehr haben oder haben werden. Niemand flieht ohne Grund! Erzwungene Rückführungen – in Herkunfts- oder sogar Drittländer – sind mit den Menschenrechten nicht vereinbar.

Abschiebungen sind Zwangsmittel zur Migrationssteuerung und nehmen Menschen das Recht selbst zu entscheiden, wo sie leben möchten. Sie kriminalisieren Menschen, die nichts Kriminelles getan haben. Für die Betroffenen und gerade für Kinder sind Abschiebungen meistens traumatische Erlebnisse, die sie lange nicht mehr loslassen. Sie entwickeln Ängste und Unsicherheiten. Abschiebung bedeutet, einen Menschen gegen seinen Willen auszuweisen, sein Leben kurz- oder langfristig in Gefahr zu bringen und bei Fällen von Menschen, die längere Zeit in Deutschland leben, bedeutet es ihnen ihr Zuhause zu nehmen. Abschiebungen sind zugleich Teil eines rassistischen Systems, zu dem unter anderem Blicke in der U-Bahn, eine rassistische Arbeitsmarktpolitik, Illegalisierung und Ausbeutung wie auch meterhohe Zäune an den Grenzen gehören. Gerade in diesen Zeiten, in denen der Ruf nach diesem Instrument immer lauter und es immer öfter genutzt wird, müssen wir dem etwas entgegensetzen.

Wir Grüne Berlin kämpfen für eine menschenwürdige und zukunftsfähige Asylpolitik. Eine Asylpolitik der offenen Arme, die auf Teilhabe an der Gesellschaft setzt und nicht auf Abschottung und Abgrenzung. Deshalb setzen wir uns gegen unmenschliche Maßnahmen wie die Abschiebehaft und das Flughafenasylverfahren ein, sind gegen das Konstrukt der „sicheren Herkunftsländer“ und wollen alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, zu bleiben. Das sollten wir im Programm nochmal in aller Deutlichkeit erwähnen.

Unterstützer*innen

Rhea Niggemann (KV Neukölln); Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Filiz Keküllüoglu (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin); Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)